

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichshauptstadt und bei Fernbestellungen 2 Mk. im Voraus, bei Lieferung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 50 Pf. Inland. Ausland: 3 Mk. 50 Pf. wöchentlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Abbestellung: 14 Tage vorher. Die Reichshauptstadt ist für die Abbestellung der Zeitungen und Anzeigen zu befragen. — Abbestellung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiträgt.

Abbestellung: Die Reichshauptstadt ist für die Abbestellung der Zeitungen und Anzeigen zu befragen. — Abbestellung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiträgt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 10. — 88. Jahrgang

Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Sonntag, den 12. Januar 1929

Der Federstrich.

Die Königsdiätar in Jugoslawien. — Poincaré hinter den Kulissen. — Die Blagegeister im Elsch.

Ein knapp achtjähriges Kind ist dieser Tage mit einem kurzen Federstrich um sein junges Leben gebracht worden: die erste Verfassung des kurz zuvor neugegründeten Königreiches von Jugoslawien. Sie hat nicht gemocht, es ist alles fein säuberlich, mit Anstand sozusagen, abgegangen, während doch früher in Belgrad solche Staatsstreiche oder Thronumwälzungen immerhin mit einigem Blutvergießen verbunden zu sein pflegten, im Königsplatz sogar, der ja wohl von allerhand Schrecken nächtlich zu erzählen weiß. Aber nein, der gegenwärtige Herrscher hat nur „einen Federstrich“ zerrissen, aus dem ein paar „heilige“ Paragraphen verjagt sind, hat eine Reihe von Befehlen aufgehoben und durch neue Bestimmungen abgelöst, hat sich mit einigen treuen, zuverlässigen Männern umgeben und all die verantwortlichen und verantwortlichen Mittel zwischen Thron und Volk beiseitegeschoben — und will nun als absoluter Monarch, mit diktatorischen Befugnissen ausgestattet, das Szepter führen, weil das Land mit den bisherigen parlamentarischen Regierungsmethoden nicht glücklich zu machen, ja nicht einmal zusammenzubringen war.

Es ist ihm sofort bedeutet worden, ein solches Unternehmen sei trotz der Ungunst der Zeiten für Rücksfälle in mittelalterliche Herrscherwohnstätten leichter in Szene zu setzen, als ehe es zu spät ist, wieder zu Ende zu führen. Aber die Würfel sind nun einmal gefallen und König Alexander würde, wenn er leichten Herzens ist, immerhin auf das Beispiel der Lenin und Genossen, der Mussolini und Primo de Rivera hinweisen können, denen auch niemand, als sie mit harter Hand die Macht in ihren Besitz gebracht hatten, die Möglichkeit einer so langen Dauer ihres Regierungssystemes zugestehen wollte. Jedenfalls, er hat es gewagt und wird nun zeigen müssen, ob er es besser versteht, die auseinanderstrebenden Gedanken und Gefühle seiner getreuen Untertanen serbischen, kroatischen und slowenischen Stammes unter einen Hut zu bringen, als die über Nacht aufgekommene Verfassung es vermocht hätte. Sonst pflegt man von der Feder der Diplomaten zu sagen, daß sie gewöhnlich die kriegerischen Vorbeeren verderben, mit denen geschmückt die siegreichen Feldherren von den Schlachtfeldern heimgekommen wären. Der König von Jugoslawien hat nicht den Ehrgeiz, zu den Diplomaten gezählt zu werden, und der Federstrich, mit dem er jetzt eine monarchische Diktatur ins Leben gerufen hat, soll gewiß eher dazu bestimmt sein, das im Weltkrieg zusammengezimmerete Groß-Serbien noch fester auf die Beine zu stellen, als es etwa in seine früheren Volks- und Landesbestandteile wieder aufzulösen. Aber kein Schicksal kann den Lauf einer Kugel, hat sie erst einmal den Flug in den Weltensraum angetreten, nach eigenem Gutdünken lenken und bestimmen. Das Experiment ist unterweils und sein Fortgang wird jetzt mindestens zum Teil auch von den diesen Balkanvölkern seit jeher eigentümlichen Gespinnstigkeiten mit bedingt werden. Bis zum Frühjahr pflegen diese interessanten Gegenden ja ohnehin immer, aus zwingenden Gründen, Ruhe zu halten. Aber wenn der Schnee auf den Bergen wieder schmelzen wird?

Mit einem anderen Federstrich versucht Herr Poincaré seiner wachsenden Verlegenheiten und Schwierigkeiten Herr zu werden. Er hat die Verwaltung der nun wiedergewonnenen Provinzen bei der letzten Neubildung seines Kabinetts zwar formell abgegeben, bleibt aber als Haupt der Regierung für das Schicksal des ehemaligen deutschen Reichslandes natürlich nach wie vor verantwortlich und ist gewiß auch gar nicht der Mann dazu, diese moralische Last auf andere, auf schwächere Schultern abzuwälzen. Er lenkt jetzt nur die Lage mehr von hinter den Kulissen her, und die Elschier wissen schon ganz gut, daß sie sich mit ihren Schmierern an ihn zu halten haben und an sonst niemand in Paris. Deshalb haben sie wohl auch wieder ein Wort aufgegriffen, von dem sie sich bei diesem geborenen Vortrager einen besonderen Eindruck verschaffen dürfen. Sie beginnen wieder von dem Protest zu reden, zu dem sie sich genötigt sehen angesichts des konzentrischen Angriffs auf ihre elementarsten Menschenrechte. Die Vertrauensmänner, die sie in die Pariser Kammer entsandt haben, werden ihrer Mandate für verlustig erklärt und die Landesfinder, die wegen angeblicher politischer Straftaten zur Reichshauptstadt gezogen werden sollen, werden ihrem gesetzlichen Richter entzogen und an die altfranzösischen Quai- und Plagegeister ausgeliefert, die mit allen zulässigen und unzulässigen Mitteln den Eingeborenen ihre besondere plattformatische Seilschaft austreiben wollen. Und so schwillt die Protestbewegung im Lande, die uns nach 1870/71 so viel zu schaffen gemacht hat, abermals machtvoll empor, nur, daß sie diesmal mit umgekehrten Vorzeichen einherstreitet: das Gesicht gegen Frankreich oder wenigstens gegen Paris gewendet, wo man offenbar die Kunst, dieses ebenso kleine wie schwierige Grenzvolk zu wahrhaft zufriedenen Bürgern der Republik zu erziehen, auch nicht gerade mit Pöbeln gegessen hat. Ein Federstrich könnte sie glücklich machen, wenn Herr Poincaré nur die Versprechungen, mit denen seine Generale vor zehn Jahren über die Vogesen einrückten, endlich einlösen wollte. Es

Vorbehalte in der Reparationsfrage

Was Poincaré will.

Paris, 11. Januar. Im Verlauf der Freilegung der Kammer nahm Poincaré das Wort zu seiner mit Spannung erwarteten Rede. Er stellte zunächst fest, daß in der öffentlichen Meinung eine Mißstimmung herrsche, die man durch Aufhellung der dunklen Punkte zerstreuen könne. Den provisorischen Kredit, dessen sich die Regierung während der letzten beiden Monate erfreute, wolle man ihr in dem Augenblick entziehen, wo die schwerwiegendsten internationalen Fragen aufgeworfen würden. Es würde sehr gefährlich sein, die Regierung zu einem späteren Augenblick, wie die Reparationsverhandlungen bereits im Gange seien, zu stützen. Die diplomatischen Verhandlungen über die Reparationsfrage wären zurzeit beendet. Pariser Silber habe seinen Bericht veröffentlicht. Wenn man die Regierung stürzen wolle, so sei jetzt der rechte Augenblick dafür gekommen, nicht erst einige Wochen später.

Poincaré fuhr dann fort: Vor allem wird das Parlament den Kriegsverichtsvertrag ratifizieren müssen. Die Aussprüche sind sicherlich zeigen, daß Frankreich von allen Ländern der Welt nicht am wenigsten der Sache des Friedens zugehen ist. Das Parlament wird endlich auch die Reparationsfrage lösen müssen. Frankreich hat nicht durch eine Änderung des Dampfes zu gewinnen, dessen Zahlungen einen genügenden Uberschuß für unsere Reparationen liefern. Aber die Sachverständigen von 1923 haben selbst vorgeschlagen, daß es eines Tages notwendig werden könnte, eine allgemeine Regelung vorzunehmen und die deutsche Schuld festzusetzen, damit ihre Mobilisierung möglich wird. Die Reparationsschuld mobilisieren und kommerzialisieren ist gleichbedeutend mit der Verminderung der Reibungen zwischen den Staaten und der Vermehrung der Ausflüsse für die Regulierung der Zahlungen.

Deutschland hat darauf bestanden, daß die Sachverständigen unabhängig sein sollen. Als Gegenleistung kam man jedoch überein, daß ihre Ansicht die Regierung nicht binden würde. Wenn die Regierungen sich ausgesprochen würden, dann würden auch die französischen Kammer nicht abhört gehalten werden, so daß die Rechte aller gewahrt bleiben. Die Gläubigerregie-

tungen haben Wert darauf gelegt, Deutschland die Natur und die Bedeutung ihrer gegenseitigen Ansprüche mitzuteilen. Deshalb sind sie einstimmig der Meinung gewesen, die Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, Deutschland über das Mindestmaß zu unterrichten, das sie annehmen könnten. In einer Note hat die französische Regierung an die Haltung erinnert, die sie bereits in Genf eingenommen hat. Sie hat verlangt, daß ihr genügend hohe Summen vorbehalten bleiben, um ihre Zahlungen gegenüber Amerika leisten zu können und eine Entschädigung zu erhalten, um ihre Reparationen zu bedenken. Deutschland hat Vorbehalte gemacht, aber es hat seine Zustimmung zu der Ernennung der Sachverständigen gegeben.

Zum Schluß erklärte Poincaré: Ich hoffe aufrichtig, daß nach anerkennender Prüfung der Sachverständigenauschusses anerkannt wird, daß die französischen Forderungen mäßig sind, daß die gegenwärtigen Zahlungsverbindlichkeiten der deutschen Zahlungsfähigkeit angepasst sind und daß der Bericht Pariser Silbers eine geeignete Unterlage (??) für die Verhandlungen bildet. Wenn der Ausschluß nicht zu dem Ergebnis kommen sollte, wird man am Dampfen festhalten müssen, da dieser solange bestehen wird, bis er durch eine andere Lösung ersetzt werden kann. Wenn aber der Ausschluß, wie ich hoffe, eine Lösung findet, die den Interessen der Gläubiger und den berechtigten Interessen Deutschlands entspricht, so wird die Stellung Frankreichs gegenüber seinen Gläubigern bedeutend gebessert. Die französischen Schulden sind dann garantiert durch die Zahlungen Deutschlands.

Mehrheit für Poincaré.

Paris, 11. Januar. Bei der Abstimmung über die von den Sachverständigen eingebrachte Tagesordnung in der heutigen Nachtsitzung der französischen Kammer wurden 317 Stimmen dagegen und 253 Stimmen dafür abgegeben. Die Regierung verfügt daher bei der ersten Abstimmung über eine Mehrheit von 64 Stimmen. Mit dieser Abstimmung dürfte wahr oder weniger entschieden sein, daß die Regierung bei der endgültigen Abstimmung über das Vertrauensvotum mit einer wenn auch nicht starken Mehrheit rechnen kann.

leicht aber viel eher danach aus, daß er auch den geringen Rest von Freiheiten, deren sich die Elschier heute noch zu erfreuen haben, ihnen mit einem Federstrich nehmen möchte — es sei denn, daß ihm selber, bevor diese entscheidende Stunde geschlagen hat, das parlamentarische Lebenslicht ausgeblasen wird; worauf man vielleicht gar nicht mehr lange zu warten haben wird.

Die deutsche Landwirtschaft und der Gilbert-Bericht.

Darmstadt, 11. Januar. In einer Versammlung des hiesigen Landvolkes sprach der Präsident des Reichslandvolkes, Reichstagsabgeordneter Hepp, über „Des Bauern Kampf um sein Recht“. Der Redner wies zunächst darauf hin, daß der deutsche Bauer nicht nur Wirtschaftler, sondern auch Politiker sein müsse, wenn er zu seinem Recht kommen wolle. Hepp kam dann auf den optimistischen Bericht des Reparationsagenten zu sprechen und sagte, daß er darin eine ungeheure Gefahr für die Gestaltung der kommenden Sachverständigenberatungen sehe. Wenn der Reparationsagent die Lage der deutschen Landwirtschaft studiert hätte, so wäre er zu einem anderen Ergebnis gekommen. Die deutsche Wirtschaft sehe nicht auf geänderter Grundlage. Die Industrie verdränge ihre schmerzliche fremdländische Konkurrenz. Der heutige Wirtschaftszustand bedinge dauernde Abhängigkeit in finanzieller Hinsicht und schliefe damit ein großes Maß nationalpolitischer Unfreiheit in sich. Die Auffassung, als ob der Bauer bei den Reparationsfragen nicht mitzureden habe, sei falsch. Denn der Bauer habe mit seiner Verschuldung den größten Teil der auswärtigen Verpflichtungen abgetragen. Daher habe der deutsche Bauer aber auch weit mehr Recht als andere Berufsstände, bei den Reparationsfragen mitzureden. Es sei bedauerlich, daß bei der Ernennung der Sachverständigen keine Vertreter der Landwirtschaft berücksichtigt worden seien. Die Landwirtschaft trage allerdings auch nicht die Verantwortung für die kommenden Beschlüsse. Sie werde aber trotzdem durch Hinweis auf ihre wahre Lage der Regierung den Rücken steifen. Der Redner fragte dann: „Kann man von dem deutschen Volke, dessen Wirtschaftskörper zerrissen, dessen Vermögen zerronnen ist und des bereits weit über 30 Milliarden Goldmark bezieht hat, überhaupt noch weitere Leistungen verlangen?“

Das heutige System des Parlamentarismus mit seinen Überhebungen und seinen Korruptionsercheinungen sehe, so führte Hepp u. a. weiter aus, vor einer schweren Krise. Wir hätten heute noch keine verfassungsmäßige Regierung und hätten die schlimmsten Schwankungen und Abstimmungen im Kabinett und Parlament. Wir sind, so erklärte er, keine Anhänger dieses Systems u. wenn dieses System sich selber abschaffen wolle, so wollen wir es nicht daran hindern. Der Weg der Selbsthilfe der

Landwirtschaft weise hin auf die Genossenschaft. Es fehle allerdings noch ein Genossenschaftsgeist. Neben dem Ausbau der Selbsthilfe müsse aber insbesondere für die Zeit des Überganges die Staatshilfe einbezogen. Ohne diese Hilfe nicht bald ein, so werde der Bauer verproletarisiert. Der Kampf gehe um Eigentum und Tradition, er gehe um die Zukunft des deutschen Vaterlandes, denn auf der Existenz des Bauern gründe sich die Zukunft des Volkes.

Reichsetat 1929.

500 Millionen neue Steuerforderungen. Der durch Reichsfinanzminister Hülferding dem Reichstag vorgelegte Haushaltsentwurf für das Jahr 1929 weist eine in der Öffentlichkeit sicher nicht freundlich aufgenommene Eigenschaft auf — er fordert für den vorhandenen Fehlbetrag von 500 Millionen Deckung durch neue Steuern. In der ersten Auflage fehlten sogar 700 Millionen, aber 200 Millionen konnten eingebracht werden durch Abstriche an dem Etat der Reichswehr und des Reichsverkehrsministeriums. Der Gesamthaushalt verzeichnet in Einnahmen und Ausgaben ungefähr zehn Milliarden Mark.

In nächster Woche soll der Etat an den Reichstag gelangen, nachdem das Kabinett ihn geprüft und die Ausführungen des Reichsfinanzministers dazu gehört hat. Man ist sich darüber klar, daß in den gesetzgebenden Körperschaften, und besonders im Reichstag, gegen das Deckungsprogramm außerordentlich starke Widerstände auftreten werden, so daß man an den zuständigen Reichsstellen damit rechnet, daß das ganze Haushaltsprogramm durch die parlamentarischen Beratungen von Grund auf abgeändert werden könnte.

Die neuen Steuervorschläge

beziehen sich auf Verbrauch und Besitz. Vorgeschlagen wird eine Erhöhung der Biersteuer um rund 100 Millionen Mark. Die Biersteuer brachte im letzten Jahre 370 Millionen. Aus dem Spielzeugmonopol, aus dem das Reich bisher rund 270 Millionen jährlich zog, soll ein Mehr von weiteren 100 Millionen gewonnen werden. Das sind die beiden Verbrauchsteuern. Die Besitzsteuern sollen eine Steigerung der Sätze für die großen Vermögen bringen. Sie ergaben bisher 520 Millionen im Jahr. Weiter wird geplant eine Erhöhung der Erbschaftsteuer, die in Deutschland bisher 100 Millionen Mark brachte — insbesondere soll auch das Gattenerbe von der Steuer erfasst werden. Diese beiden Besitzsteuern sollen einschneidend eine Steigerung der Ausgaben der Post an das Reich 200 Millionen bringen, so daß von den schlechten 500 Millionen 400 Millionen aufgebracht wären. Die verbleibenden 100 Millionen sollen dadurch gewonnen werden, daß den Ländern von ihrem Anteil an den Überschüssen der großen Reichsrenten 100 Millionen abgezogen werden sollen.